

# Beamte aus Diktaturen zu Gast bei Freunden

## Presseerklärung

Mag es auch empörend sein, dass der Leiter der guineischen Delegation jetzt hilft, Menschen abzuschieben, die er selbst ins Land schleuste: die Frage dahinter ist doch: Wie kann es verwundern, wenn eine korrupte Regierung korrupte Regierungsmitglieder hat, ein Folterstaat Folterer in eine derartige Delegation entsendet?

Skandalös an diesem Fall ist, dass in der Logik „Abschiebung um jeden Preis“ angeblich rechtsstaatliche deutsche Behörden sich „Leistungen“ von Unrechtsstaaten einkaufen und die Ergebnisse (in diesem Fall Ausreisepapiere) für gültig erklären.

Wir stellen fest, dass eine Anerkennung als StaatsangehörigeR nach der Gesichtsform oder der Aussprache nicht tragbar ist.

Der eigentliche Skandal besteht jedoch darin, dass in diesem Land Menschen, die vor Hunger, Vertreibung, Bürgerkrieg oder Folter und politischer Verfolgung oder sexueller Gewalt geflohen sind, zu weniger als 1 % überhaupt als asylberechtigt anerkannt werden, und dass eben diese Behörden immer neue Möglichkeiten finden, eine Abschiebung in eine Diktatur oder in ein von Bürgerkrieg geprägtes Land durchzusetzen. Dass dazu dann alle Mittel recht sind, ist in dieser Logik nur normal.

So werden, während Deutschland mit dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ für die Weltmeisterschaft wirbt, Abschiebungen nach Guinea unvermindert fortgesetzt, da die deutschen Behörden die zweifelhaften Ausreisepapiere auf jeden Fall nutzen möchten.

Wir fordern daher:

**Keine Abschiebungen nach Guinea und in andere Unrechtsstaaten!**

**Ein sofortiges Ende aller „Anhörungsverfahren“!**

Eine Schilderung der Vorgänge um die Anhörungen von papierlosen Flüchtlingen durch eine Delegation aus Guinea folgt auf den nächsten Seiten. Auf einer weiteren Seite finden Sie einige Verweise auf zusätzliche Informationen.

Bei Nachfragen erreichen Sie uns unter [internationales.aktionsbuendnis@arcor.de](mailto:internationales.aktionsbuendnis@arcor.de)

## Beamte aus Diktaturen zu Gast bei Freunden

Bereits im März fanden vor der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Dortmund Proteste gegen die Anwesenheit einer Delegation aus Guinea vom 20.03. bis 31.03.06 statt, die papierlose afrikanische Flüchtlinge aus verschiedenen Bundesländern „anhören“ und ihnen Reisepapiere ausstellen sollte. Damit sollte Abschiebung der Flüchtlinge ermöglicht werden. Für die Massenverhöre bezahlte die ZAB nach eigenen Angaben 110.000 Euro; davon ging ein erheblicher Teil an die Delegation. Für jede Person, die jetzt abgeschoben werden kann, erhielt die Delegation zudem eine „Gebühr“.

Wie nun von Flüchtlingen aus Guinea und deren Rechtsanwalt gegenüber der Presse bestätigt wurde, ist der Leiter der Delegation, N’Faly Keita, in Guinea selbst als „Schleuser“ bekannt. Er beschafft Guineern, die das Land verlassen müssen, gefälschte Papiere und nimmt ihnen Pässe und Papiere wieder ab, sobald der „Zielort“ erreicht ist.

Daher hat die Delegation aus Guinea natürlich Interesse daran, ihre Tätigkeit in Europa als „Abschiebehelfer“ zu verheimlichen. So wurde in Guinea in den Medien berichtet, die Delegation sei

hier, um ihren Landsleuten zu helfen. Sie stelle Papiere für diejenigen aus, die ohne Papiere in Europa seien, damit sie hier legal leben könnten.

Sofern diese Vorgänge in den Medien wahrgenommen werden, konzentrieren sich die Berichte auf eine Skandalisierung der „Doppelfunktion“ des Leiters der guineischen Delegation. Tatsächlich skandalös an diesem Fall ist jedoch nicht die „Tätigkeit“ eines korrupten Beamten eines korrupten Regimes als Schleuser, sondern dass sich in der Logik „Abschiebung um jeden Preis“ deutsche Behörden „Leistungen“ von Unrechtsstaaten einkaufen und das Ergebnis (d.h. die „Reisepapiere“) für rechtsgültig erklären.

Was von den „Identifizierungen“ durch die Delegation zu halten ist, geht im Grunde schon aus offiziellen Stellungnahmen hervor: Aufgrund der Aussprache und der Gesichtsform habe die Delegation entschieden, wer aus Guinea komme. Da Grenzen nie tatsächlich in diesem Sinn Trennlinien sind, ist diese „Erkennungsmethode“ mehr als zweifelhaft: So wurden auch Flüchtlinge, die selbst überzeugt sind, aus einem anderen afrikanischen Land zu stammen, als Guineer „erkannt“.

## **Guinea**

Nach dem Tod des vorherigen Staatspräsidenten, Sékou Touré, wurde 1984 der derzeitige Präsident, Oberst Lansana Conté, an der Spitze eines „Militärkomitees der Nationalen Erneuerung“ vom Militär die Macht gehievt. Conté ließ sich seitdem zwar durch „Wahlen“ im Amt bestätigen, allerdings bescheinigt selbst das Auswärtige Amt, dass Parlamentswahlen „rechtsstaatlich-demokratischen Grundsätzen nicht im Mindesten gerecht wurden“.<sup>1</sup> Amnesty International schildert in einem längeren Bericht, dass jedes Mal, wenn es politische Gegner oder Staatsbürger, insbesondere zu Zeiten von Wahlen, gewagt haben, ihre Unzufriedenheit zu zeigen, guineische Sicherheitskräfte auf Demonstrationen geschossen haben und den Verlust von Menschenleben in Kauf genommen haben.<sup>2</sup>

Insgesamt stellt das Auswärtige Amt „gravierende Defizite“ bei der „Menschenrechtslage“ wie „fehlende Unabhängigkeit der Justiz, Straflosigkeit für Menschenrechtsübergriffe staatlicher Stellen, willkürliche Verhaftungen, Folter, Behinderungen der Oppositionsparteien...“ in Guinea fest. Auch der jüngste Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums informiert über Tote bei Demonstrationen, willkürliche Verhaftungen und ähnliche Menschenrechtsverletzungen sowie die Korruption, die Exekutive, Legislative und Judikative durchzieht.<sup>3</sup> Guinea ist nichts weiter eine Militärdiktatur mit demokratischer Fassade. Weiterhin fliehen Frauen aus Guinea, um einer drohenden Beschneidung zu entgehen.

## **Unerwünschte Gäste**

Während Deutschland mit dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ für die Weltmeisterschaft wirbt, werden gleichzeitig Abschiebungen mit allen Mitteln durchgesetzt. Das Recht auf Asyl existiert hier allenfalls noch auf dem Papier: Die Zahl der Flüchtlinge, die in der BRD Asyl beantragten, war 2005 die niedrigste seit über zwei Jahrzehnten (mit 28.914 die niedrigste seit 1983). Gleichzeitig wurden bei 48.102 Entscheidungen des Bundesamts nur 411 Personen als asylberechtigt anerkannt (0,9 %).<sup>4</sup>

Tatsächlich ist dies der eigentliche Skandal: dass Menschen, die vor Hunger, Vertreibung, Bürgerkrieg, Folter und politischer Verfolgung oder sexueller Gewalt geflohen sind, nicht als Asylberechtigte anerkannt werden, und dass die Behörden immer neue Möglichkeiten finden, eine Abschiebung in eine Diktatur oder in ein von Bürgerkrieg geprägtes Land durchzusetzen. Dass dazu alle Mittel recht sind, ist in dieser Logik nur normal und dass sich dabei ein korrupter Beamter schon einmal als korrupter erweist, als eventuell erwünscht, ist weniger ein „Missgriff“, sondern liegt in der Natur der Sache.

<sup>1</sup> [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Guinea/Innenpolitik.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Guinea/Innenpolitik.html)

<sup>2</sup> Amnesty International: GUINEA. Maintaining order with contempt for the right to life (17.05.02). <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGAFR290012002?open&of=ENG-GIN>

<sup>3</sup> [www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61573.htm](http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61573.htm) (Länderbericht, herausgegeben am 8. März 2006)

<sup>4</sup> [www.bamf.de/nm\\_566136/DE/DasBAMF/PresseVeranstaltungen/Presse/Dokumente/2006/060109-pressemitteilung-bmi.html](http://www.bamf.de/nm_566136/DE/DasBAMF/PresseVeranstaltungen/Presse/Dokumente/2006/060109-pressemitteilung-bmi.html)

So gehen die Abschiebungen mit den zweifelhaften „Reisepapieren“ der Delegation unvermindert weiter: wie in Hamburg, wo 2005 bereits zwei Mal – und ebenfalls von Protesten guineischer Flüchtlinge begleitet – eine Delegation aus Guinea mit eben demselben Leiter gegen entsprechende Entlohnung „gastierte“. Bei den damaligen Anhörungen, bei denen sich die Delegation weder vorstellte noch auswies, äußerte ein Rechtsanwalt, der einen Mandanten begleitete: „Ich kam mir vor wie in einer südamerikanischen Diktatur!“<sup>5</sup> Auch in Nordrhein-Westfalen soll trotz anfänglich zugesagter „Prüfung der Vorwürfe“ durch das Innenministerium weiter abgeschoben werden: Eine Sammelabschiebung ist für den 06.06. vorgesehen. Und die nächste Anhörung durch die Delegation aus Guinea ist für den Herbst – dem Vernehmen nach im September – in Stuttgart angesetzt.

Nach Guinea abgeschobene Flüchtlinge müssen Haft oder Tod fürchten. Bereits 1999 beeidete ein guineischer Asylbewerber gegenüber einem Rechtsanwalt in Dortmund, dass er zwei aus Deutschland abgeschobene Asylbewerber in einem Gefängnis in Conakry kennen gelernt habe. Kurze Zeit später sei ihm von Gefängniswärtern mitgeteilt worden, dass die beiden aus Deutschland stammenden Flüchtlinge tot seien.

Dass die Zustände in den guineischen Gefängnissen weiterhin „lebensbedrohlich“ sind, ist ebenfalls dem Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums zu entnehmen, in dem u.a. von „mehreren dutzend Toten aufgrund von Unterernährung und Krankheit“ in den Gefängnissen die Rede ist.

### **Abschiebung rechtzeitig zur Weltmeisterschaft?**

Auch in anderen Staaten wie Togo, dessen Fußballmannschaft zur Weltmeisterschaft erwartet wird, erwartet abgeschobene Flüchtlinge Ähnliches. So musste ein Ende Januar aus Mecklenburg-Vorpommern Abgeschobener sich in Togo sofort wieder vor seinen Verfolgern verstecken. Nach einer Sachverständigenanhörung, bei der sich alle geladenen Sprecher gegen Abschiebungen nach Togo aussprachen, erließ das Land Mecklenburg-Vorpommern einen sechsmonatigen Abschiebestopp, da „die Situation der zurückgekehrten Flüchtlinge“ „nicht zweifelsfrei beurteilt werden“ könne. Kein anderes Bundesland folgte diesem Beispiel; im Gegenteil, es scheint fast, als würden Abschiebungen zurzeit forciert, um wegen andernfalls zu befürchtender Proteste noch vor der Weltmeisterschaft „die Lage zu bereinigen“.

Wir fordern daher:

**Keine Abschiebungen nach Guinea und in andere Unrechtsstaaten!**

**Ein sofortiges Ende der „Anhörungsverfahren“!**

---

<sup>5</sup> [www.fluechtlingsrat-hamburg.de/content/PMGuineaAnhoerung150705.pdf](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/content/PMGuineaAnhoerung150705.pdf)

## **Weitere Informationen:**

Auf der Website des Flüchtlingsrats Hamburg: [www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de) (Themen & Projekte → Abschiebepolitik)

20.05.2005 (über N’Faly Keita/die Delegation aus Guinea)

25.04.2006 und 18.03.2006 (Abschiebungen nach Guinea)

09.03.2006 (Anhörungen in Dortmund)

29.11.2005/15.08.2005/18.07.2005 sowie zwischen dem 28.02. und 22.03.2005 (verschiedenen Berichte über die Anhörungen in Hamburg)

Artikel bei Guineenews (zur Person N’Faly Keitas) (Französisch):

[www.boubah.com/articles/article.asp?num=2006516184953](http://www.boubah.com/articles/article.asp?num=2006516184953)

[www.boubah.com/articles/article.asp?num=2006517195745](http://www.boubah.com/articles/article.asp?num=2006517195745)

und bei Tamsirnews:

[www.tamsirnews.com/archives14.html](http://www.tamsirnews.com/archives14.html)